

# Dritte Piste: „Keine Anmaßung des Gerichts“

**Rechtspanorama am Juridicum.** Das Bundesverwaltungsgericht war berechtigt, in der Causa Schwechat eine inhaltliche Entscheidung zu treffen, sagen Experten. Das heiße aber noch nicht, dass das Verbot des Flughafenausbaus auch richtig war.

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Die Debatte, ob sich Gerichte zu stark in die Politik einmischen, erhielt durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG) neue Nahrung. Das Gericht untersagte eine dritte Piste am Flughafen Wien und ist seither scharfer politischer und medialer Kritik ausgesetzt. Die Richter hätten Privatpolitik gemacht oder sie seien Umweltextremisten, so lauteten manche der erhobenen Vorwürfe, die Magdalena Pöschl beim letztwchigen Rechtspanorama am Juridicum zusammenfasste. Wobei die Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien zu analysieren versuchte, ob die Vorwürfe zutreffen könnten.

„Es war keine Anmaßung des Gerichts und kein Unfall, dass das Gericht eine Interessensabwägung vorgenommen hat“, sagte die Expertin. Der Gesetzgeber habe den seit 2014 tätigen Verwaltungsgerichten diese Möglichkeit eingeräumt. Die Richter durften also zum Schluss kommen, dass der Boden- und Klimaschutz wichtiger sei als die wirtschaftlichen Gründe für eine dritte Piste. Und das BVwG habe auch das Recht gehabt, gleich in der Sache zu urteilen und nicht bloß die Entscheidung der Behörde (die für den Flughafenausbau entschieden hatte) aufzuheben.

Das heiße freilich noch nicht, dass die Entscheidung des BVwG inhaltlich richtig war. Darüber muss nun noch der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) als höchste Instanz befinden. Auch dass über das Erkenntnis des BVwG öffentlich diskutiert wird, sei richtig, meinte Corinna Gerard-Wenzel vom Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung an der sterreichischen Akademie der Wissenschaften. „Es ist wichtig, dass überhaupt ein medialer Diskurs über das Urteil und mögliche Befangheitsgrnde stattfindet“, sagte Gerard-Wenzel.

## Nur ein „Schmalspurgericht“?

„Aber man kann natürlich darüber diskutieren, ob man persönlich werden muss“, ergänzte sie. So war



Großes Zuseherinteresse am Juridicum bei der von der „Presse“ und der Jus-Fakultät der Uni Wien veranstalteten Debatte. [Clemens Fabry]

ren die zuständigen Richter wegen ihres beruflichen Vorlebens medial als „Umwelt-Hardliner“ oder „Agrar-Lobbyist“ titulierte worden. Und das BVwG selbst als „Schmalspurgericht“ bezeichnet worden.

Letzterer Vorwurf fußt darauf, dass die Richter am BVwG keine langjährige Richterausbildung wie bei Zivil- und Strafgerichten hinter sich haben. Sondern aus der Verwaltung oder aus einem anderen juristischen Beruf kommen und auf Vorschlag der Bundesregierung Richter werden. „Aber sobald Gericht oben steht, haben die Leute die Erwartung, dass ein Gericht drinnen ist“, sagte Siegfried Knighofer, Mitglied des Verwaltungsgerichts Wien und Vorsitzender der Verwaltungsrichter-Vereinigung.

Er forderte, dass die Präsidenten der Verwaltungsgerichte nicht mehr politisch ernannt werden sollten. Und dass eine Richteraademie für die richtige Aus- und Fortbildung der Verwaltungsrichter sorgt. „Es ist ein ganz wichtiger Teil gerichtlicher Legitimierung,

dass man auf eine entsprechende Ausbildung verweisen kann.“

Erfahrungen mit Kritik hat auch der Verfassungsgerichtshof, der nach der Aufhebung der Hofburgwahl im Juli 2016 viel über sich ergehen lassen musste. „Wir haben nicht politisch, sondern rein rechtlich agiert“, betonte Georg Lienbacher, Verfassungsrichter und Professor für öffentliches Recht an der WU. „Wir haben mit dieser Entscheidung sichergestellt, dass der wahre Wille der Bevölkerung zum Durchbruch kommt“, sagte Lienbacher. Denn die Vorschriften, die garantieren sollten, dass der Whlerwille zum Ausdruck kommt, seien nicht eingehalten worden.

## Wenn die Rechtsfrage egal ist

Zur Causa Flughafen erklärte Lienbacher, dass jeder, auch Politiker, die Frage aufwerfen dürfe, ob denn hier richtig entschieden wurde. „Aber es gibt Medien, denen die juristische Frage offenbar völlig egal ist“, mahnte der Hchstrichter. So sei etwa in einem Medium

geschrieben worden, dass Kanzleramtsminister Thomas Drozda seine Dienstaufsicht über das BVwG wahrnehmen müsse. Dabei ist es der Politik nicht gestattet, in die richterliche Unabhängigkeit einzugreifen, auch nicht bei Verwaltungsrichtern.

Umstrittene Urteile gibt es aber auch bei den Zivil- und Strafgerichten. „Als Richter treffen wir immer wieder Entscheidungen, die gesellschaftspolitische Auswirkungen haben“, berichtete Sabine Matejka, Zivilrichterin am Bezirksgericht Wien Leopoldstadt und Vizepräsidentin der Richtervereinigung. Der Gesetzgeber könne nicht alles bis ins letzte Detail regeln, daher bleibe die Anwendung auf Einzelfälle den Richtern überlassen. Und das sei auch richtig so. „An die Grenze“ komme man aber, „wenn der Gesetzgeber seinen Ermessensspielraum nicht ausüben will“, sagte Matejka. Also in Fllen, in denen der Gesetzgeber, weil der politische Konsens fehlt, die Verantwortung mit ungenauen Gesetzen auf die Richter abschiebt.

## Richterausbildung angleichen?

Bleibt die Frage, ob man die Ausbildung von Richtern in der Justiz und bei den Verwaltungsgerichten annähern soll. Während die meisten Vertreter auf dem Podium diese Idee begruten, wandte Lienbacher ein, „dass die Verwaltung ein bisschen anders funktioniert als die Justiz“. Das wirklich Wichtige sei vielmehr, dass man bei der Auswahl der Verwaltungsrichter darauf achte, dass diese ausreichend qualifiziert sind. Und „dass hier nicht politisch in die Suppe gespuckt werden kann.“

BEZAHLTE ANZEIGE



Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger

## ausgefighted!

**D**er lange Schatten der Eurofighter hat das Gebhrgesetz ereilt. Es war gewiss von guter Absicht getragen, den politisch erwünschten Vergleich mit EADS für die Republik möglichst gebhrenschonend zu finalisieren. Das Ergebnis, das nunmehr offenbar wird, zeigt schonungslos auf, dass die Besteuerung von Rechtsgeschäften durch das GebG eines Rechtsstaates unwürdig ist und in concreto der Republik ein Schaden in Millionenhöhe droht: Denn es existiert dem Vernehmen nach keine von den Vertragsparteien unterschriebene Urkunde. Egal wie die materiell-rechtliche Frage der Anfechtung des Vergleiches ausgehen wird, der Streit mit EADS wird schon an der Schwelle des konkreten Vertragsinhaltes beginnen. Anwaltskorrespondenz, Abschluss im Ausland oder ähnliche Konstrukte wurden in der Vergangenheit vom VwGH oft gekippt. Zum Schaden der Parteien. Haftungen der Vertragsrichter waren die Folgen.

**Würde auch der Bundesminister für Landesverteidigung haften?**

Die Causa Eurofighter wird die Republik wohl auch noch aus einem weiteren Grund teuer zu stehen kommen: Ein Rechtsstreit vor den ordentlichen Gerichten ist nicht ausgeschlossen. Bei einem Streitwert von € 1 Mrd. beträgt die Pauschalgebühr für die Klage € 12 Mio. Wer das Verfahren verliert, ist um diesen Betrag ärmer. Die Wiener Rechtsanwälte fordern daher wie schon so oft: Ersatzlose Beseitigung des Gebhrgesetzes und Deckelung der Gerichtsgebühren bei hohen Streitwerten.

**Der Wirtschaftsstandort und Gerichtsort Österreich kann davon nur profitieren, Herr Finanzminister.**

DIE WIENER  
RECHTSANWÄLTE  STARK FÜR SIE

## NACHRICHTEN

### Ainedter neu an Spitze der Strafverteidiger

Die Spitze der „Vereinigung sterreichischer StrafverteidigerInnen“ formiert sich neu. 15 Jahre nach der Gründung der Vereinigung legt deren Initiator Richard Soyer, Strafverteidiger in Wien und Strafrechtsprofessor in Linz, seine Funktion als Sprecher zurück.



An seine Stelle tritt der u. a. als Ex-Finanzminister Grassers Verteidiger bekannte Wiener Manfred Ainedter. Gerald Ruhri (Graz), zweiter Sprecher, behält diese Funktion gleichsam als Vertreter der Anwaltschaft in den anderen Bundesländern bei. Neu hinzu kommt Strafverteidigerin Alexia Stuefer, Soyers Kanzleipartnerin in Wien. Die Vereinigung bezweckt die Sicherung und Förderung einer effektiven Strafverteidigung. [Fabry]



KARASEK WIETRZYK RECHTSANWÄLTE

MITTWOCH, 29.3.2017, 17:00 UHR  
KWR-SEMINAR 171

FIT FÜR DAS NEUE  
DATENSCHUTZRECHT 2018?

REFERENTEN:  
MAG. BARBARA KUCHAR  
KWR  
DR. ANNA MERTINZ  
KWR

Die KWR-Seminare sind kostenlos und finden in unserer Kanzlei statt.  
Anmeldungen erbeten bis 3 Werktage vor dem Seminar.

T +43 1 24500      Fleischmarkt 1  
F +43 1 24500 63999      A-1010 Wien  
E office@kwr.at      www.kwr.at

**IMPRESSUM: RECHTSPANORAMA**  
Redaktion: Mag. Benedikt Kommenda,  
Dr. Philipp Aichinger  
Telefon: 01/51414-447, 01/51414-552  
Fax: 01/51414-368  
E-Mail: benedikt.kommenda@diepresse.com  
philipp.aichinger@diepresse.com  
Anzeigen: Robert Kampfer  
Telefon: 01/51414-263  
E-Mail: robert.kampfer@diepresse.com  
Das Rechtspanorama im Internet:  
diepresse.com/rechtspanorama

## VERGABE JOUR FIXE

SCHRAMM HLER  
RECHTSANWÄLTE

KEINE TEILNAHMEGEBÜHR

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs  
Jeweils Donnerstag um 17 Uhr in der Bartensteingasse 2, 1010 Wien

23. März 2017 sowie 30. März 2017: „Vorstellung des Begutachtungsentwurfs  
BVergG 2017“ mit **Fruhmann** (Bundeskazleramt – Verfassungsdienst)

6. April 2017: „Jour Fixe Special: Vergabe und Umsetzung von agilen Softwareprojekten“ mit **Friedrich** (360PM) und **Weih** (consigma)

4. Mai 2017: „Vergabetalk – die aktuellsten Entscheidungen“ mit **Reisner** (BVwG)

8. Juni 2017: „Ausnahmen vom Vergaberecht nach der neuen Rechtslage“  
mit **Zleptnig** (Asfinag)

www.schramm-oeehler.at      Info & Anmeldung: news@schramm-oeehler.at